NRW will beim Religionsunterricht weiter mit DITIB kooperieren

22. August 2016

Düsseldorf (KNA) Beim muslimischen Religionsunterricht an Nordrhein-Westfalens Schulen will die Landesregierung weiterhin mit dem umstrittenen deutsch-türkischen Dachverband DITIB kooperieren. NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) erklärte am Freitag vor Journalisten in Düsseldorf, bisher habe die Türkische Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) ebenso wie die drei anderen türkischen Verbände in dem aus acht Mitgliedern bestehenden Beirat zur Ausgestaltung des islamischen Religionsunterrichts „konstruktiv mitgearbeitet". Es liege aber jetzt an DITIB zu zeigen, „dass sie unabhängig vom türkischen Staat" handele und „ein deutscher Verband für Muslime in Deutschland" sei. Wegen der Einschränkung der Grundrechte und zunehmender Menschenrechts-Verletzungen in der Türkei war in Deutschland zuletzt massive Kritik auch an DITIB laut geworden. Die Organisation gilt als staatstreu und ist nach Einschätzung von Experten strukturell, finanziell und ideologisch abhängig von der türkischen Religionsbehörde Diyanet. Mehrere Politiker hatten in den vergangenen Tagen den Einfluss des türkischen Staats auf Ditib kritisiert. Löhrmann erklärte, der muslimische Bekenntnisunterricht werde von ihrem Ministerium genau beobachtet. Bisher gebe es keine Anhaltspunkte für staatliche Einflussnahmen durch die Türkei. Zugleich kündigte die Schulministerin an, dass der islamische Religionsunterricht in NRW im kommenden Schuljahr 2016/17 vor allem an Grundschulen weiter ausgebaut werde. Landesweit werde an 200 Schulen muslimischer Unterricht in deutscher Sprache an 16.100 Schüler erteilt. Dafür stünden 224 Lehrer mit einer besonderen Lehrbefähigung zur Verfügung. Im vorigen Schuljahr stand islamischer Religionsunterricht lediglich an 176 Schulen für 13.700 Schüler auf dem Stundenplan. In NRW gibt es nach Angaben des Schulministeriums derzeit 364.000 Schüler muslimischen Glaubens. Damit erhalten nicht einmal fünf Prozent von ihnen bekenntnisorientierten Islamunterricht. Löhrmann räumte ein, dass der Ausbau dieses Fachs nur langsam voran gehe. Auf einen „Termin X" für eine Vollversorgung der muslimischen Schüler mit Religionsunterricht wolle sie sich gegenwärtig nicht festlegen.

(KNA – qkslt-89-00137)

Stand: 17. November 2026